P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
der Stadt Georgsmarienhütte vom 09.12.2013
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173

Anwesend:

Vorsitzender

Schoppmeyer, Thorsten	
-----------------------	--

Mitglieder

Beermann, Volker	Ab TOP 4
Böhle, Rolf	
Büter, Rainer	
Grothaus, Ludwig	
Hebbelmann, Udo	
Holz, Benedikt	
Kir, Emine	
Kompa, Peter	Vertretung für Hr. Kraegeloh
Korte, Thomas	
Noureldin, Nabil Dr.	Vertretung für Hr. Lorenz
Symanzik, Julian	
Wallenhorst, Sandra	

Verwaltung

Beckendorff, Petra	
Belling, Christian	
Frühling, Manfred	
Kramer, Martin	
Lührmann, Bärbel	Bis TOP 7
Möllenkamp, Andreas Umweltbeauftragter	
Pohlmann, Ansgar	

Protokollführer/in

Budke, Andre	
--------------	--

Fehlende Mitglieder

Kraegeloh, Klaus	Vertreten von Hr. Kompa
Lorenz, Robert	Vertreten von Hr. Noureldin

Gäste

Boenert, Andreas (AgL – Büro für Umweltgutachten)	Bis TOP 5
Desmarowitz, Matthias (IPW)	Bis TOP 7
Meyer, Christian(NLG)	Bis TOP 7
Pröpper, Ralf (RP Schalltechnik)	Bis TOP 4

Beginn: 18:06 Uhr

Ende: 21:19 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB IV/14/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 18.11.2013
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Bauantrag Awigo GmbH
3.2.	Auslegung Bebauungsplan Wiesenbach
4.	Lärmaktionsplanung Vorstellung der Erbenisse der Öffentlichkeitsbeteiligung und Darstellung der weiteren Vorgehensweise Vorlage: MV/060/2013
5.	Mühlenteich - Vorstellung der Untersuchungsergebnisse Vorlage: MV/063/2013
6.	Umsetzung des ÖPNV-Optimierungskonzeptes - aus den Fraktionen Vorlage: BV/185/2013
7.	Bebauungsplan Nr. 269 "Auf der Nathe - Erweiterung" Vorstellung des städtebaulichen Konzeptes sowie Darlegung der beabsichtigten textlichen Festsetzungen und Örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung - Vortrag durch das beauftragte Planungsbüro - Vorlage: MV/062/2013
8.	68. FNP-Änderung "Gewerbliche Bauflächen Mündruper Heide" - Ergebnis der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Feststellungsbeschluss Vorlage: BV/241/2013
9.	Bebauungsplan Nr. 268 "Gewerbegebiet Mündruper Heide" Ergebnis des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 BauGB - Satzungsbeschluss Vorlage: BV/242/2013
10.	Tarif zur Gebührensatzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Georgsmarienhütte vom 13.12.2007 hier: Neufassung Vorlage: BV/247/2013
11.	Minigolfanlage Vorlage: BV/213/2013
12.	Wohngebäudeleerstände in Georgsmarienhütte Vorlage: MV/061/2013

13. Resolution: 380 kV-Leitung Lüstringen - Gütersloh (Nordrhein-Westfalen)
Vorlage: BV/245/2013
14. Resolution:
Fracking im Aufsuchungsfeld "Bramsche Erweiterung",
bergrechtliche Genehmigungsverfahren
Vorlage: BV/246/2013
15. Beantwortung von Anfragen
16. Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Schoppmeyer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB IV/14/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 18.11.2013

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB IV/14/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 18.11.2013 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Bauantrag Awigo GmbH

Herr Frühling teilt mit, dass die Awigo GmbH einen Bauantrag zum Abriss und Errichtung eines Bürogebäudes an der Niedersachsenstraße 17-19 gestellt habe.

3.2. Auslegung Bebauungsplan Wiesenbach

Herr Frühling teilt mit, dass der Bebauungsplanentwurf Nr. 270 „Wiesenbach“ nach erfolgtem Kauf der Grundflächen durch die NLG nun vom 10.12.2013-10.01.2014 öffentlich ausliegen werde.

4. Lärmaktionsplanung Vorstellung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung und Darstellung der weiteren Vorgehensweise Vorlage: MV/060/2013

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Pröpper stellt den Stand der Lärmaktionsplanung vor (vgl. Anlage). Aus den Datengrundlagen des Gewerbeaufsichtsamtes Hildesheim und den betroffenen Gebietstypen sei eine Priorisierung erfolgt, nach der Maßnahmen in bestimmten Abschnitten der B 51 und L 95 umgesetzt werden sollten. Da Grenzwertüberschreitungen festgestellt worden seien und die derzeitige Lärmsituation demnach als gesundheitsgefährdend einzustufen sei, seien Lärminderungsmaßnahmen notwendig.

Anhand einer Übersicht (vgl. ebd.) unterteilt Herr Pröpper die Maßnahmen nach ihrem Umsetzungshorizont in kurz- bis mittelfristige und langfristige Maßnahmen.

Ebenfalls wies er darauf hin, dass die möglichen Maßnahmen einen unterschiedlichen Einfluss auf die Lärmimmissionen hätten, was in die Entscheidung über deren Umsetzung einfließen solle.

Die größten Lärminderungen würden von den Maßnahmen „Austausch der Fahrbahnbeläge“, „Optimierung des Verkehrsflusses“ und „Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit“ aus.

Vor allem die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit sei relativ einfach umzusetzen, daneben seien Maßnahmen der Lärmsanierung möglich.

Derzeit befänden sich die verschiedenen Maßnahmen in der Abstimmung mit den zuständigen Straßenbaulastträgern und den Verkehrsträgern. Die Ergebnisse dieser Abstimmungen sollten im Ausschuss wieder vorgestellt werden, um hiernach eine Bürgerinformation zu den geplanten Maßnahmen durchzuführen und diese Maßnahmen dann abschließend mit den zuständigen Behörden umzusetzen.

Auf Herr Beermanns Nachfrage erläutert Herr Pröpper, dass die Untersuchung nach deutschen Vorschriften erfolge, eine Lärmsanierung sei ab einer Überschreitung der Werte von 67 dB tags / 57 dB nachts vorgeschrieben, der Straßenbaulastträger müsse dann zwingend Untersuchungen anstellen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation initiieren. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolge nach Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln.

Der Erfolg der Maßnahme „Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit“ sei im Rahmen der Verkehrsüberwachung sicherzustellen.

5. Mühlenteich - Vorstellung der Untersuchungsergebnisse

Vorlage: MV/063/2013

Herr Boenert, AgL – Büro für Umweltgutachten, stellt die Ergebnisse der Untersuchung des Mühlenteiches vor (vgl. anliegenden Auszug).

Bei der Betrachtung des Mühlenteiches ist zu berücksichtigen, dass der Teich ursprünglich ein aufgestautes Fließgewässer war, und dieses auch jetzt an den für ein Stillgewässer untypisch hohen Messerwerten des Wassers sichtbar wird. Für ein Fließgewässer seien diese Werte jedoch typisch. Ebenfalls sei zu beachten, dass der Teich derzeit nur durch Regenwasser gespeist werde und im Laufe der Zeit auf natürlichem Wege weiter verlanden werde.

Die Sedimente im Teich sind im Beobachtungszeitraum um ca. 20 cm reduziert worden. Diese Reduktion ist erst zum letzten Messtermin erfolgt, was nahelege, dass das Mittel einen gewissen Zeitraum benötigte, um Wirkung zu zeigen.

Eine negative Auswirkung des Mittels auf den Sauerstoffgehalt des Wassers, den Phosphatgehalt des Wassers oder die Tier- und Pflanzenwelt wurde nicht nachgewiesen.

Falls ein Erhalt des Teiches gewünscht ist, empfiehlt der Gutachter, diesem eine Wasserzuführung durch eine Grundwasser- oder zeitweilige Fließgewässeranbindung zu erschließen.

Von einer Ausbaggerung des Teiches wird abgeraten, da hierbei der Pflanzenbestand in großen Teilen vernichtet werde, das vorhandene Gleichgewicht im Teich gestört werde und das Risiko bestehe, dass der Teich hiernach algendominiert sei.

Auf Herrn Beermanns Nachfrage erläutert Herr Boenert, dass eine künstliche Belüftung des Teiches, um Erfolge zu zeigen, dauerhaft durchgeführt werden müsse. Aus Gutachtersicht werde geraten, zunächst andere Maßnahmen durchzuführen. Die Belüftung sei überdies durch die geringe Tiefe des Teiches schwierig. Eine alternative Abdeckung des Sediments werde aus dem gleichen Grund kritisch gesehen. Die Erschließung einer Wasserzuführung an den Teich nach erfolgter Anfangsreduzierung der Sedimente durch Schlix, v.a. in den Sommermonaten, werde als sinnvoll angesehen, wenn es Ziel sei, den Teich in seinem Bestand zu erhalten.

Durch das Mittel Schlix werde das vorhandene Phosphat in einem schwerlöslichen Komplex gebunden, der sich im Sediment befinde und nicht mehr für die Pflanzen verfügbar sei.

Auf Herrn Hebbelmanns Nachfrage erläutert Herr Boenert, dass der Teich kein klassisches Stillgewässer sei und deshalb in diesem Fall die Einrichtung eines Zu- und Abflusses eine mögliche Lösung sei. Der Fischbestand im Teich sei für die Sedimentbildung wahrscheinlich nachrangig verantwortlich.

Herr Möllenkamp teilt mit, dass das Gutachten dem Hersteller des Mittels Schlix zur Verfügung gestellt werde.

6. Umsetzung des ÖPNV-Optimierungskonzeptes - aus den Fraktionen
Vorlage: BV/185/2013

Auf die Vorlage der Verwaltung und die Ergänzungen zur Vorlage vom 04.12.2013 wird verwiesen.

Herr Holz fasst zusammen, dass im interfraktionellen Gespräch am 03.12.2013 weitgehende Einigkeit über die Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes bestanden habe. Eine bessere Anbindung der Stadtteile nach Oesede werde angestrebt, zum Teil solle eine Umstellung auf kleinere Beförderungsmittel erreicht werden. Die Taktverbindungskosten Oesede, Gildehaus – Osnabrück, Neumarkt halte er mit 51.000 € für relativ hoch gegriffen.

Wichtig sei, einen einheitlichen Startpunkt für die Umsetzung des Konzeptes zu finden. Angebot der CDU-Fraktion sei, das Konzept mit den Linien SL 1 – 3 von 06:00 – 20:00 Uhr umzusetzen.

Herr Korte wünscht sich eine Taktanbindung nach Osnabrück bis 24:00 Uhr, um von Anfang an eine höhere Akzeptanz zu erreichen.

Herr Beermann sieht die Kosten von 51.000 € für die Taktverbindung Oesede, Gildehaus – Osnabrück, Neumarkt ebenfalls für hoch gegriffen. Um den ÖPNV zu stärken bevorzuge er eine Taktanbindung bis 22:00 Uhr.

Herr Holz bestätigt, dass eine spätere Taktverbindung grundsätzlich zu begrüßen sei, allerdings er sehe angesichts der Kosten und der relativ geringen Auslastung des ÖPNV in den Abendstunden eine Taktverbindung bis 20:00 Uhr als ausreichend an.

Herr Bürgermeister Pohlmann betont, dass Einvernehmen bestehe über die Leitlinien des ÖPNV-Konzeptes. Strittig sei nur noch die Länge der Taktverbindung Oesede, Gildehaus – Osnabrück, Neumarkt.

Vor diesem Hintergrund formuliert Herr Bürgermeister Pohlmann folgenden Beschlussvorschlag, über den im Ausschuss Konsens besteht:

1. Die Stadt Georgsmarienhütte optimiert ihr ÖPNV-Angebot durch die Einführung von Stadtbuslinien. Die SL 1, SL 2 und SL 3 werden zunächst im nachfolgenden Fahrplanzeitfenster umgesetzt:
Mo-Fr 06:00 Uhr – 20:00 Uhr; Sa 08.30 Uhr – 15:00 Uhr; So 10:00 Uhr – 18:00 Uhr.
2. Parallel hierzu wird die neue Linie SL 4 als Projekt, ggf. als Bürgerbus, vorangetrieben.
3. Der Start des neuen ÖPNV-Konzeptes erfolgt einheitlich zum Sommerfahrplan 09.09.2014.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die SL 1 als Pilotprojekt bereits zum 01.08.2014 eine frühere Planung zu vereinbaren.
5. Die Fahrplanausgestaltung (Feinjustierung) ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Dabei ist auch die Abendverbindung Oesede, Gildehaus – Osnabrück, Neumarkt auszugestalten. Bei der abschließenden Kostenkalkulation werden 5 Minuten Wartezeit beim Umsteigen durchaus als akzeptabel angesehen, 20 Minuten wären zu lang.
6. Mit dem Sommerfahrplan 2015 soll im 2. Schritt eine Ausweitung auf 22:00 Uhr entwickelt werden. Dabei ist auch die Abstimmung mit den Nachbarkommunen zu suchen.

Herr Bürgermeister Pohlmann greift ergänzend die Idee auf, einen festen Taxistand an der Haltestelle Oesede, Gildehaus einzurichten und mit den Taxibetreibern Fixpreise für innerstädtische Fahrten zu vereinbaren.

Herr Schoppmeyer schlägt vor, den genannten Beschlussvorschlag am 10.12. weiter in den Fraktionen zu besprechen, bevor der TOP am 11.12. im Verwaltungsausschuss und am 12.12. im Rat weiter beraten werde. Er weist weiter darauf hin, dass im Rahmen der Evaluierung des ÖPNV-Konzeptes nach den ersten 3 Jahren die einzelnen Bausteine wieder auf den Prüfstand müssten.

**7. Bebauungsplan Nr. 269 "Auf der Nathe - Erweiterung"
Vorstellung des städtebaulichen Konzeptes sowie
Darlegung der beabsichtigten textlichen Festsetzungen
und Örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung
- Vortrag durch das beauftragte Planungsbüro -
Vorlage: MV/062/2013**

Herr Desmarowitz, IPW, stellt die Leitlinien des städtebaulichen Konzeptes „Auf der Nathe-Erweiterung“ sowie die beabsichtigten textlichen Festsetzungen und Gestaltungsvorschriften vor (vgl. anliegenden Auszug).

Er weist darauf hin, dass im Planbereich verschiedene Bereiche zu unterscheiden seien; dies seien das Mischgebiet an der Wellendorfer Straße, die Gemeinbedarfsfläche der KiTa, der Einfamilienhausbereich und der Mehrfamilienhausbereich.

Im Bereich der Mehrfamilienhäuser stelle sich die Frage, welche Geschossigkeiten sich unter Ausnutzung der Topografie verträglich in die Umgebung einfügen ließen. Nach Vorstellung der IPW sei es verträglich, hier 4 Einheiten à 3 Geschosse zzgl. Staffelgeschoss sowie angrenzend an die Einfamilienhausbebauung 1 Einheit mit 2 Geschossen zzgl. Staffelgeschoss unterzubringen.

Weiterhin stelle sich die Frage der optischen Wirkung der Bebauung sowohl in der Innen- als auch in der Außenansicht. Anhand eines Negativbeispiels („Hof im Hagen“, Hollage) zeigt Herr Desmarowitz, wie durch eine sehr laizistische Gestaltung ein uneinheitlicher Charakter hergestellt wird. Dies gelte es zu vermeiden.

Demgegenüber werde nahe gelegt, mittels Vorgaben zu Traufhöhen, Dachformen und –ausrichtung sowie Farben der Fassaden und Dächer innerhalb einer festgelegten Bandbreite eine Einheitlichkeit zu schaffen, die einen harmonischen Eindruck des Baugebietes vermitteln und den einzelnen Bauherren Planungssicherheit geben soll, mit welchen Bauformen in direkter Nachbarschaft zu rechnen ist.

Insbesondere solle an der Nordostgrenze des Baugebietes eine Firstausrichtung vorgegeben werden, um nach Osten hin die Dachseiten zu präsentieren.

Im Rahmen einer Gestaltungssatzung solle festgelegt werden, 75 % der Fassaden in weißem Putz auszuführen.

Weiterhin sollte auf den Einfamilienhausgrundstücken mindestens 3 Meter zur Straße hin ein Vorgarten angelegt werden, welcher durch eine Einfriedung von maximal 0,80 m zur Straße abschirmbar sein solle.

Ziel der Regelungen sei, dem Baugebiet einen eigenen Charakter jenseits der einzelnen Bauvorhaben zu geben.

Auf Herrn Beermanns Frage erläutert Herr Desmarowitz, dass eine zusätzliche zwingend zweigeschossige Bebauung westlich der KiTa seiner Ansicht nach weniger verträglich sei als die geplante Verdichtung nördlich der KiTa.

Herr Korte regt an, in diesem zentralen Baugebiet mehr Raum für Mehrfamilienhäuser vorzusehen und vor allem auf ältere Bewohner zu setzen. Junge Familien könnten sich am Harderberg (Östlich Buchgarten-Erweiterung) ansiedeln.

Herr Frühling weist darauf hin, dass mit dem Baugebiet Auf der Nathe auf absehbare Zeit ein neuer Ortsrand gebildet werde, dementsprechend sorgfältig sollte die städtebauliche Planung erfolgen. Mit der Planung von 5 Mehrfamilienhausgrundstücken mit ca. 30 Wohneinheiten würde ein gewisser Verdichtungsgrad erreicht, der als akzeptabel angesehen werde.

Eine zwingende Zweigeschossigkeit westlich der KiTa sei möglich, eine weitere Verdichtung darüber hinaus werde nicht als sinnvoll angesehen.

Eine städtisch verdichtete Bebauung solle vorrangig im Bereich östlich der Michaelisschule, die im Zuge der Zentrumsentwicklung anstehe, realisiert werden.

Für das Baugebiet „Auf der Nathe“ sei eine altersmäßige Durchmischung vorgesehen, die u.a. durch eine ungefähre Parität der Einfamilienhaus- und Mehrfamilienhauswohneinheiten umgesetzt werden solle.

Herr Beermann befürwortet eine zwingende Zweigeschossigkeit westlich der KiTa, dieses passe sich gut in das Umfeld ein und schaffe zusätzliche Wohneinheiten.

Herr Korte weist darauf hin, dass eine strikte Südausrichtung der Dachflächen für die Sonnenenergienutzung festzulegen sei. Dies sei wichtiger als eine einheitliche Ostkante des Baugebietes.

**8. 68. FNP-Änderung "Gewerbliche Bauflächen Mündruper Heide" - Ergebnis der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV/241/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Korte kündigt an, gegen den Beschlussvorschlag zu stimmen, da der Mischgebietsbereich nicht aus der Planung entfernt worden sei.

Herr Beermann teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen werde, da hier eine sinnvolle Angebotsplanung betrieben werde, die verkehrsgünstig zwischen zwei Hauptverkehrsachsen gelegen sei.

Im Zuge des Verfahrens sei als Kompromiss eine Mischgebietsausweisung mit geringeren Höhen, und nachbarschaftsverträglichen Baugrenzen erfolgt. Auch sei der Verkehr im Bereich der Königsbachsiedlung gegenüber der ursprünglichen Planung reduziert worden.

Auf Herrn Noureldins Nachfrage erklärt Herr Frühling, dass das geplante Regenrückhaltebecken ausreichend dimensioniert sei und ausschließlich der Aufnahme von Regenwasser diene. Mit diesem Becken sei sichergestellt, dass der Abflusswert aus dem Gebiet sich nicht gegenüber der vorhandenen Situation erhöhe. Entsprechend der wasserrechtlichen Vorgaben würde zusätzlich ein Sandfang vorgeschaltet. Hierdurch könne

wohl auch dem Problem der Versandung der Ableitung unter der BAB entgegengewirkt werden.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 11 Jastimmen und 2 Gegenstimmen gefasst:

Nach Abwägung der im Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen werden die 68. Flächennutzungsplanänderung und die Begründung beschlossen. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind keine Stellungnahmen abgegeben worden.

**9. Bebauungsplan Nr. 268 "Gewerbegebiet Mündruper Heide" Ergebnis des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 BauGB -Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/242/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Seitens der Öffentlichkeit ist folgende Stellungnahme abgegeben worden:

<u>Tobias Demircioglu, Am Markt 19, 49124 Georgsmarienhütte vom 22. November 2013 per E-Mail siehe Anlage</u>		
	Abwägung	Abwägungsvorschlag
zu 1.	Im Zuge des Bauleitplanverfahrens sind im November 2012 eine „Wasserwirtschaftliche Vorplanung“ sowie im April 2013 eine geotechnische Untersuchung durchgeführt worden, die im Rahmen der Ausführungsplanung Berücksichtigung finden werden.	Die Anmerkungen werden zurückgewiesen. Bei 11 Jastimmen und 2 Gegenstimmen angenommen.
zu 2.	Eine schadlose Ableitung des anfallenden Regenwassers ist im Rahmen der „Wasserwirtschaftlichen Vorplanung“ nachgewiesen worden.	die Anmerkungen werden zurückgewiesen. Bei 11 Jastimmen und 2 Gegenstimmen angenommen.
zu 3..	Bei dieser Anmerkung ist nicht zu erkennen, welcher Aspekt zu berücksichtigen ist. Es kämen hier zwei Aspekte in Betracht. 1.Landschaftsbild 2. Lärmbelastung 1. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Erholungsfunktion ist, in dem durch die A 33 und dem im Nordosten angrenzenden Gewerbegebiet geprägten Bereich, nicht gegeben. Dieser Belang wurde im Umweltbericht untersucht und gewürdigt. Eine erhebliche Beeinträchtigung wird nicht gesehen. 2. Die Beeinträchtigung durch Lärm ist ausführlich durch den Fachbeitrag Schallschutz für den Verkehrs- und Gewerbelärm (RP Schalltechnik, 2013) betrachtet und in die Planung eingeflossen. Somit ist eine erhebliche Beeinträchtigung der im	

	<p>Süden angrenzenden Außenbereichswohnsiedlung „Königsbachsiedlung“ mit dem Schutzstatus eines Mischgebietes nicht zu erwarten.</p> <p>Ferner wird in der Mail von Herrn Demircioglu behauptet, „Bauwilligen der Königsbachsiedlung wurde seinerzeit seitens der Stadtverwaltung versprochen, der Landschaftsschutz für dieses Gebiet bleibe erhalten“.</p> <p>Der Planungsabteilung sind keine derartigen Bauanfragen bekannt, welche die Thematik „Erhalt der LSG-Ausweisung“ ins Verhältnis zur Beantragung einer Neubebauung im Bereich „Am Königsbach“ stellt. Hierzu bleibt festzustellen, dass aufgrund der Lage im Außenbereich der Stadt Georgsmarienhütte eine Bebauung bislang nicht bebauter Grundstücksflächen ohnehin nicht zulässig gewesen wäre.</p> <p>Auch haben die Mitarbeiter der zuständigen Fachabteilungen spätestens nach den Beratungen über die vorliegende Gewerbeflächenuntersuchung im Jahr 2008 den Erhalt der LSG-Grenzen in diesem Bereich nicht als gegeben vorausgesetzt, da diese Abgrenzung fachlich durchaus umstritten war.</p> <p>Darüber hinaus ist dieser Sachverhalt nicht abwägungserheblich.</p>	<p>Die Anmerkungen werden zurückgewiesen.</p> <p>Bei 11 Jastimmen und 2 Gegenstimmen angenommen.</p>
zu 4.	<p>Bei der Bauleitplanung handelt es sich um eine Angebotsplanung, die auf der Grundlage der Vorgaben des RROP entwickelt wurde. Aus den raumordnerischen Vorgaben und den Zielen der Raumordnung ergeben sich für die Stadt Georgsmarienhütte die Entwicklungsschwerpunkte Arbeit, Wohnen und Erholung. Der Schwerpunkt Arbeit beinhaltet u. a. die Schaffung von Arbeitsplätzen, die in einem Gewerbegebiet geboten werden.</p> <p>Der IHK-Standortmonitor beschreibt für die Stadt Georgsmarienhütte einen Nachholbedarf für neue Gewerbeflächen (NOZ 26.11.2013). Somit wird auf dieser Grundlage die Notwendigkeit weiterer Entwicklungen von gewerblichen Bauflächen bestätigt.</p>	<p>Die Anmerkungen werden zurückgewiesen.</p> <p>Bei 11 Jastimmen und 2 Gegenstimmen angenommen.</p>
	<p>Hinsichtlich der Forderung nach Freihaltung der Flächen westlich der vorhandenen Bebauung „Am Königsbach“ bis zum Graben lässt sich keine städtebauliche Begründung finden.</p> <p>Mit der im Planentwurf vorgesehenen Festsetzung eines Mischgebietes westlich angrenzend an die vorhandene Außenbereichssiedlung, wird dem Schutzanspruch der Altbebauung Rechnung getragen und eine planerische Problemlösung, wie sie in der Bauleitplanung erforderlich ist, gefunden.</p>	

	Die vorgeschlagene großzügige Abpflanzung in diesem Bereich trägt nicht zu einer Verbesserung des Schutzes der Altbebauung gegenüber der gewählten Planung bei.	Die Anmerkungen werden zurückgewiesen. Bei 11 Jastimmen und 2 Gegenstimmen angenommen.
--	---	--

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 11 Jastimmen und 2 Gegenstimmen gefasst:

Nach Abwägung der im Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen wird der Bebauungsplan Nr. 268 „Gewerbegebiet Mündruper Heide“ mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung als Satzung gemäß § 10 BauGB sowie die Begründung beschlossen

**10. Tarif zur Gebührensatzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Georgsmarienhütte vom 13.12.2007
hier: Neufassung
Vorlage: BV/247/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Schoppmeyer beantragt, den TOP zunächst in den Fraktionen weiter zu besprechen und an dieser Stelle Klärungsbedarfe anzumelden.

Auf seine Nachfrage erklärt Herr Kramer, dass eine einheitliche Kapellennutzungsgebühr rechtlich grundsätzlich nur dann möglich sei, wenn auch die angebotenen Leistungen vergleichbar seien. Im vorliegenden Fall sei dies nicht der Fall, so dass alternativ die günstigste Kapellengebühr für die anderen beiden Kapellen übernommen und für diese eine Unterdeckung kalkuliert werden könne. Eine Überdeckung dürfe nicht erfolgen; diese wäre zum Beispiel für die kleinste Kapelle gegeben, wenn ein Mittelwert als Kapellennutzungsgebühr festgesetzt würde.

Auf Nachfrage von Herrn Grothaus erläutert Herr Kramer, dass die bereits beschlossenen Instandsetzungsarbeiten an den Kapellen, soweit sie eine Gebäudeunterhaltung darstellten, nicht über die Abschreibung in die Gebührenkalkulation einfließen.

Auf eine weitere Nachfrage erklärt Herr Kramer, dass die Pflege der Grünflächen der Friedhöfe zum Teil nicht friedhofsrelevante Kosten darstellten und damit nicht in die Gebührenkalkulation eingingen.

Herr Kramer teilt weiterhin mit, dass die Totengräberarbeiten an den städtischen Friedhöfen derzeit neu ausgeschrieben würden, Submissionstermin sei am 10.12. Die Ergebnisse dieser Ausschreibung würden nachgereicht.

Es findet keine Abstimmung statt.

**11. Minigolfanlage
Vorlage: BV/213/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Schülergenossenschaft „Coole Schule“ Gespräche zur Fortführung des Betriebs der Minigolfanlage am Südring in 2014 zu führen. Über die Saison 2014 hinaus wird das Engagement der Schülergenossenschaft jeweils um ein Jahr verlängert, wenn diese dies wünscht und die Verwaltung dem zustimmt.

Die Schülergenossenschaft ist wie in 2013 angemessen an den Kosten des laufenden Betriebs zu beteiligen. Als angemessen wird eine Kostenbeteiligung i.H.v. 0,50 € pro verkaufter Eintrittskarte der Kategorie „Erwachsene“ betrachtet.

Den politischen Gremien ist jährlich nach Saisonende eine Aufstellung der Kosten und Besucherzahlen vorzulegen.

**12. Wohngebäudeleerstände in Georgsmarienhütte
Vorlage: MV/061/2013**

Herr Frühling stellt anhand einer Übersicht die Leerstandssituation für Wohngebäude im Stadtgebiet dar. Es stünden derzeit 61 Gebäude oder 0,77 % des Bestands leer.

Besondere Schwerpunkte seien nicht erkennbar.

In der Falkenstraße stünden 4 Gebäude leer.

Das Büro Flaspöhler erstelle für den Stadtteil Alt-Georgsmarienhütte derzeit ein Konzept zur Innenentwicklung, in dem u.a. die vorhandenen Leerstände analysiert und Handlungsempfehlungen erarbeitet würden. Die Vorstellung der Ergebnisse sei für Februar 2014 geplant.

**13. Resolution: 380 kV-Leitung Lüstringen - Gütersloh
(Nordrhein-Westfalen)
Vorlage: BV/245/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Bürgermeister Pohlmann weist auf die Lage der geplanten Trassenführung im östlichen Teil Holsten-Mündrups hin. Danach könnten 5 Wohngebäude mittelbar betroffen sein.

Beim Fachgespräch mit Herrn Professor Jarres am 26.11.2013 sei u.a. die Trassenführung der Leitungen in den betroffenen Kommunen und die Problematik der Anschlusspunkte an das Land Nordrhein-Westfalen angesprochen worden. Das Verfahren in NRW laufe schneller, so dass die Notwendigkeit bestehe, die Trassenführung auch zwischen den Bundesländern abzustimmen, bevor Fakten geschaffen würden.

Zum Punkt „Erdverkabelung“ sei im Zuge des Gespräches deutlich geworden, dass diese nicht an jeder Stelle möglich sei. Es solle daher eine Priorisierung durchgeführt werden, wo die Erdverkabelung am stärksten geboten erscheine.

Konsens des Fachgespräches sei gewesen, dass die betroffenen Kommunen eine gemeinsame Vorgehensweise abstimmen wollen.

Herr Bürgermeister Pohlmann fasst zusammen, dass eine Abstimmung der Bundesländer gefordert werde, die Trassenführung solle in der Form erfolgen, dass möglichst wenige Wohngebäude beeinflusst würden. Auftrag der Verwaltung sei, das Vorgehen weiter mit den Nachbarkommunen abzustimmen, so dass der Rat im Februar eine Entscheidung treffen könne.

Herr Grothaus weist darauf hin, dass die Erdverkabelung nur durch freiwillige Einigung mit dem Grundeigentümer erfolgen könne, was deren Umsetzung unwahrscheinlich mache. Herr Bürgermeister Pohlmann bestätigt, dass die Erdverkabelung nicht im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens durchgesetzt werden könne.

Auf Herrn Schoppmeyers Nachfrage erläutert Herr Bürgermeister Pohlmann, dass eine Einigung der Kommunen auf eine gemeinsame Resolution realistisch sei. Derzeit seien sich bis auf eine Kommune alle weitgehend einig.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

1. Der Vorhabenträger, die Firma Amprion GmbH, sowie die Regierungsvertretung Oldenburg als zuständige Planungsbehörde werden aufgefordert, die Bevölkerung im Bereich der Trassenplanung im Stadtteil Holsten-Mündrup umfassend zu informieren und in die Verfahrensprozesse einzubinden. Die zuständigen Behörden der Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, ihre Verfahren auf eine gemeinsame Trassenführung abzustimmen und diese frühzeitig öffentlich vorzustellen.
2. Eine Trassenführung als Freileitung, die die vorgegebenen Abstandsvorgaben (Landesgesetzgebung Niedersachsen) unterschreitet, wird ausdrücklich abgelehnt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Punkte einer gemeinsamen Resolution mit den Nachbarkommunen abzustimmen.

**14. Resolution:
Fracking im Aufsuchungsfeld "Bramsche Erweiterung",
bergrechtliche Genehmigungsverfahren
Vorlage: BV/246/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Stadt Georgsmarienhütte macht für den Fall eines Antrags auf Verlängerung oder Neuerteilung einer Erlaubnis den Anspruch geltend in diesem Verfahren, beteiligt und gehört zu werden um ggfs. auf entgegenstehende öffentliche Interessen in ihrem Hoheitsgebiet hinweisen zu können.

15. Beantwortung von Anfragen

Fehlende Gullydeckel

Anfrage von Hr. Hebbelmann vom 18.11.2013

Antwort der Verwaltung, Tiefbauabteilung: Zurzeit muss nur noch die Ablaufroste „Im Spell“ ersetzt werden. Diese Arbeiten werden noch im Dezember ausgeführt.

16. Anfragen

Baumaßnahmen Hagener Straße

Herr Beermann weist darauf hin, dass im Rahmen der derzeitigen Baumaßnahmen an der Hagener Straße durch 2 Ampeln auf ca. 100 m durch mehrere Einmündungen eine verkehrlich bedenkliche Situation bestehe.

Weiterhin bittet er darum, dem Ausschuss regelmäßig anstehende Baumaßnahmen mitzuteilen.

Gewerbegebiet Mündruper Heide

Herr Korte bittet um Auskunft, ob die Grundstücksflächen für das Plangebiet bereits angekauft worden seien.

Ampel Alt-Georgsmarienhütte Hindenburgstraße / Haseldehnen

Herr Noureldin bittet um Auskunft, wann die geplante technische Verbesserung der Ampel umgesetzt würde.

Parksituation „Im Spell“

Herr Hebbelmann bittet um Auskunft, ob die Ausweisung von Stellplätzen „Im Spell“ auf der Fläche des ehemaligen Kottens möglich sei.

Herr Frühling antwortet, dass hier vor Jahren bereits eine Stellplatzausweisung geplant gewesen sei, die aufgrund einer Altlastenproblematik aufgegeben wurde. Die Angelegenheit werde aufgearbeitet.

Wegweiser Partnerstädte

Herr Schoppmeyer regt an, den Wegweiser zu den Partnerstädten, der sich gegenwärtig direkt am Rathaus befinde, an einen anderen Ort zu versetzen, an dem er wahrgenommen würde.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Schoppmeyer
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Protokollführung